

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
1. Teil: Grundlegungen	7
1. Kapitel: Die nationale Identität der Mitgliedstaaten als Rechtsbegriff	8
2. Kapitel: Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV als Verbundnorm auf Unionsebene	31
2. Teil: Der Schutzgehalt des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV: Der unionsrechtliche Rahmen des Identitätsschutzes im Verbund	39
1. Kapitel: Die Auslegung der Vorgängerbestimmungen und ihre Bedeutung für Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	40
2. Kapitel: Die Auslegung durch den EuGH und die Generalanwälte	70
3. Kapitel: Die Auslegung in der Literatur	101
4. Kapitel: Eine Auslegung vor dem Hintergrund der Einordnung als Verbundnorm	110
5. Kapitel: Fazit	196
3. Teil: Die Achtungspflicht des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV: Eine anwendungsbereichsbezogene dogmatische Einordnung	203
1. Kapitel: Funktionsübergreifende Grundlegungen	205
2. Kapitel: Die Achtungspflicht als Kompetenzprinzip für Gesetzgebungsakte	216
3. Kapitel: Die Achtungspflicht im Rahmen der Grundfreiheiten	280

VIII

4. Kapitel: Die Achtungspflicht in Bezug auf die innerstaatliche Kompetenzverteilung als Identitätsgehalt 310

5. Kapitel: Fazit 343

4. Teil: Der Identitätsschutz im Dialog der Gerichte als Verbundentscheidung. 345

1. Kapitel: Grundlegende Überlegungen zur prozessualen Verbundentscheidung 345

2. Kapitel: Die Ausgestaltung der prozessualen Verbundentscheidung bei der Anwendung des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV. 355

Schlussbetrachtung und Ausblick. 405

Zusammenfassung in Thesen. 411

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
 Einleitung.	 1
 1. Teil: Grundlegungen.	 7
 <i>1. Kapitel: Die nationale Identität der Mitgliedstaaten als Rechtsbegriff</i>	 8
I. Das Bedeutungsspektrum aus sprachwissenschaftlicher Perspektive und seine Bedeutung für die Rechtswissenschaft	11
1. Zum Begriff der Identität	11
2. Zum Begriff der Nation	15
3. Zum Begriff der Mitgliedstaaten	19
II. Grundannahmen im europäischen Staaten-, Verfassungs- und Normenverbund.	19
1. Die pluralistische Grundannahme auf der Geltungsebene	20
2. Der Verbund als normative Ordnungsidee	23
3. Bisher diskutierte Verbundstrukturen.	28
a) Der Ansatz rechtlicher Permeabilität	29
b) Das Strukturprinzip der Wahrung der Verfassungsidentität	30
 <i>2. Kapitel: Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV als Verbundnorm auf Unionsebene</i>	 31
I. Die Idee der Verbundnorm	31
II. Die Charakteristika des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV als Verbundnorm	33
1. Der Schutzgehalt	33
2. Die Achtungspflicht	37
III. Fazit	37

2. Teil: Der Schutzgehalt des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV: Der unionsrechtliche Rahmen des Identitätsschutzes im Verbund 39

1. Kapitel: Die Auslegung der Vorgängerbestimmungen und ihre Bedeutung für Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV 40

I.	Die Auslegung durch den EuGH und die Generalanwälte	41
1.	Erste Fallgruppe: Ausdrückliche Bezugnahmen durch den EuGH	42
2.	Zweite Fallgruppe: Stillschweigen des EuGH	44
3.	Dritte Fallgruppe: Vermeintliche „typusprägende“ Anwendungsfälle	46
4.	Vierte Fallgruppe: Die Auslegung durch den Generalanwalt Maduro	50
II.	Die Auslegung durch das Schrifttum	54
1.	Nationale Identität als Staatlichkeits- und Souveränitätsschutz. .	54
2.	Nationale Identität als vorrechtliche kulturelle Identität des Staates	59
III.	Die travaux préparatoires zur Art. I-5 Abs. 1 VVE	62
IV.	Fazit	66

2. Kapitel: Die Auslegung durch den EuGH und die Generalanwälte . . . 70

I.	Die Rechtssachen Sayn-Wittgenstein und Boggendorff von Wolffersdorff	71
1.	Das österreichische Adelsaufhebungsgesetz als Identitätsgehalt	71
2.	Die verfassungsrechtliche Verankerung und die Bindungswirkung des mitgliedstaatlichen Identitätskonzepts . .	73
II.	Die Rechtssachen Runevič-Vardyn und Wardyn, Las, Covaci sowie New Valmar.	74
1.	Die Amtssprache als Identitätsgehalt	75
2.	Der Wirkungsbereich und die verfassungsrechtliche Verankerung	76
3.	Die Einschränkung auf Sprachregelungen im innerstaatlichen Rechtsraum?	78
III.	Die Rechtssachen Digibet, Bero und Bouzalmate, RegioPost, Remondis, UNESA sowie Azoren und UGT-Rioja	79
1.	Die Kompetenzverteilung in einem föderal strukturierten Mitgliedstaat als Identitätsgehalt	79
a)	Die Eingrenzung auf das horizontale Verhältnis	79
b)	Der Ausschluss der vertikalen Kompetenzverteilung?	82

	XI
aa) Die Rechtssachen Azoren, UGT-Rioja und UNESA . . .	83
bb) Die Schlussanträge in der Rechtssache RegioPost	85
2. Der mitgliedstaatliche Einschätzungsspielraum und die Bindungswirkung der mitgliedstaatlichen Identitätskonzeption	88
IV. Die Rechtssachen Melloni sowie M.A.S. und M.B.	89
V. Die Rechtssachen G4S Secure Solutions sowie Bougnaoui und ADDH	92
VI. Die Rechtssachen O'Brien, Torresi, Coman und Hamilton sowie Correia Moreira.	93
VII. Die Rechtssachen Wightman u.a., A sowie Tschechische Republik/ Parlament und Rat.	97
VIII. Fazit	98
 3. Kapitel: Die Auslegung in der Literatur	101
I. Die Verfassungsidentität als Schutzgehalt	102
II. Die politisch und verfassungsrechtlich verankerten Identitätsgehalte einer kollektiven Identität als Schutzgehalt	107
 4. Kapitel: Eine Auslegung vor dem Hintergrund der Einordnung als Verbundnorm.	110
I. Die verfassungsrechtlichen Strukturen als Träger nationaler Identität	112
1. Kritische Würdigung der bisherigen Auslegungsansätze vor dem Hintergrund der Einordnung als Verbundnorm.	112
a) Die verfassungsmäßigen Strukturen als Ausdruck der nationalen Identität.	113
aa) Die Verfassung als normative Grundordnung des Gemeinwesens.	114
bb) Die Ermittlung der Identitätsgehalte als Verfassungsauslegung.	120
cc) Zur Bedeutung für die Auslegung des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	123
b) Die Verfassungsidentität	124
aa) Die Verfassungsidentität als Identität einer Verfassung	125
(1) Die Unentbehrlichkeit einer Bestimmung des unionalen Rahmens	126
(2) Die Selektivität des formell-rechtlichen Ermittlungsansatzes	128

	(3) Der Rückgriff auf die verfassungsrechtlich verankerte nationale Identität	131
	(4) Zur Bedeutung für die Auslegung des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	135
	bb) Die Verfassungsidentität als Identität einer Gemeinschaft	136
2.	Verbundbezogener Lösungsvorschlag	139
a)	Die Verfassungsidentität als mitgliedstaatliches Konzept auf Konkretisierungsebene	141
b)	Die Kerngehalte einer verfassungsrechtlich verfestigten nationalen Identität als unionsrechtlich vorgegebener Rahmen	144
c)	Die Folgen der mitgliedstaatlichen Konkretisierungshoheit	147
aa)	Die Notwendigkeit einer innerstaatlichen Diskussion	147
bb)	Die Bindungswirkung der eigenen Identitätskonzeption	148
II.	Die politischen Strukturen als Träger nationaler Identität.	150
1.	Die eigenständige Bedeutung der politischen Strukturen	150
2.	Die Eingrenzung auf die Kerngehalte politisch verfestigter nationaler Identität	152
III.	Der Mitgliedstaat als Berechtigter	154
IV.	Die Bestimmung des unionalen Rahmens in Bezug auf einzelne Identitätsgehalte	155
1.	Die Staatlichkeit und Souveränität als Identitätsgehalte – Das Verhältnis zum Grundsatz geteilter Souveränität	156
2.	Die grundlegenden Staatsfunktionen als Identitätsgehalte – Das Verhältnis zu Art. 4 Abs. 2 S. 2 und 3 EUV	160
a)	Die territoriale Unversehrtheit	161
b)	Die öffentliche Ordnung	161
c)	Die nationale Sicherheit	164
3.	Die gemeinsamen Werte als Identitätsgehalte – Das Verhältnis zu Art. 2 EUV	165
a)	Das wechselseitig begrenzende Zusammenspiel beider Normen	166
b)	Die Bedeutung für den unionalen Rahmen des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	169
4.	Die Grundrechte als Identitätsgehalte – Das Verhältnis zum unionalen Grundrechtsschutz	170
a)	Die Grundrechte als Teil der mitgliedstaatlichen Verfassungsidentitätskonzeption?	172
aa)	Der deutsche Grundrechtsvorbehalt	172

(1) Die Rechtsprechung des BVerfG	172
(2) Kritische Bewertung und Neuansatz	174
bb) Der polnische und belgische Grundrechtsvorbehalt	177
b) Der unionale Rahmen im Grundrechtsschutz	178
5. Die kulturellen Gehalte und die Sprache als Identitätsgehalte – Das Verhältnis zum Schutz der kulturellen und sprachlichen Vielfalt	181
6. Die regionale und lokale Selbstverwaltung als Identitätsgehalt	186
a) Zum Begriff der regionalen und lokalen Selbstverwaltung	187
b) Die regionale und lokale Selbstverwaltung als Teilbereich der Kerngehalte verfassungsrechtlich und politisch verfestigter nationaler Identität	188
aa) Der unionsrechtliche Rahmen	189
bb) Die Anwendung auf das deutsche Beispiel einer Achtung des Art. 28 Abs. 2 GG	192
c) Die Reichweite des Schutzes der regionalen und lokalen Selbstverwaltung	194
aa) Der Schutz von konkreten Aufgabenwahrnehmungs- modi	194
bb) Der Schutz auch der vertikalen innerstaatlichen Kompetenzverteilung	194
5. Kapitel: Fazit	196
 3. Teil: Die Achtungspflicht des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV: Eine anwendungsbereichsbezogene dogmatische Einordnung	203
1. Kapitel: Funktionsübergreifende Grundlegungen	205
I. Das Verhältnis zu Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 1 EUV und Art. 4 Abs. 3 EUV	205
II. Der Schutz vor unverhältnismäßigen Beeinträchtigungen	207
1. Die begründungslose Annahme der Abwägunfähigkeit durch den EuGH	207
2. Ein verbundbezogener Begründungsansatz	208
III. Das Verhältnis zum Anwendungsvorrang des Unionsrechts	211
1. Die Literaturansichten: Ausnahmebestimmung zum Vorrang des Unionsrechts	212
2. Kritik und verbundbezogene Verhältnisbestimmung	213

2. Kapitel: Die Achtungspflicht als Kompetenzprinzip

<i>für Gesetzgebungsakte</i>	216
I. Einführung	217
II. Einordnung in die vertragliche Systematik der Kompetenzbestimmungen.	221
1. Eine Kompetenzausübungsbestimmung	222
a) Der reflexive Charakter negativer Kompetenzbestimmungen im Verbund	223
b) Die Verhältnismäßigkeit als Beschränkung einer schon vorhandenen Rechtsmacht	224
2. Eine eigenständige Kompetenzausübungsbestimmung	225
a) Die Ergänzung des Subsidiaritätsprinzips	225
aa) Die Ansätze in der Literatur	226
bb) Kritik und verbundbezogener Lösungsansatz	227
b) Die Ergänzung des kompetenzrechtlichen Verhältnismäßigkeitsprinzips	232
aa) Die Intensität der Beeinträchtigung: die mitgliedstaatliche Perspektive.	235
bb) Die verbundbezogene Einheit als Ziel der Abwägung	237
III. Ausgewählte Fragestellungen zu den Wirkungen als Kompetenzprinzip	238
1. Der Identitätsschutz im Rahmen der Anwendung von Sekundärrechtsakten.	238
a) Die materielle Dimension als Betrachtungsgegenstand.	239
b) Erste Fallgruppe: Identitätsschutz durch Auslegung	241
aa) Die Rechtssachen Torresi und O'Brien	241
bb) Die Rechtssache G4S Secure Solutions.	242
cc) Die Rechtssache Piageme II.	243
c) Zweite Fallgruppe: Identitätsschutz durch Diskriminierungsverbote	245
aa) Die Rechtssache Groener	245
bb) Die Rechtsache Kamberaj.	246
d) Dritte Fallgruppe: Identitätsschutz durch Einschätzungsspielräume	247
e) Fazit	250
2. Die Verhältnisbestimmung zwischen einer Anwendung des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV und unionsrechtlich verbürgten Gehalten	253
a) Der Identitätsschutz und sein Verhältnis zum unionalen Grundrechtsschutz	254

aa) Die Ausgangssituation: Der mehrpolige Grundrechtskonflikt	255
bb) Die Ergänzung: Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV in dieser mehrpoligen Normenkollision	257
b) Die Übertragbarkeit auf andere Sachbereiche	259
3. Die Rechtsfolgen einer Verletzung des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV.	260
a) Die Ansichten in der europäischen Rechtsprechung und Literatur	260
b) Kritik und verbundbezogener Lösungsansatz	264
aa) Die Nichtigkeit des Rechtsaktes als Rechtsfolge seiner Rechtswidrigkeit	264
bb) Die Zulässigkeit einer Abweichungsbefugnis als Rechtsfolge der Rechtswidrigkeit	266
cc) Die Abwägungsentscheidung auf Rechtsfolgenseite	267
(1) Zu Art. 53 GRCh und seinem Verhältnis zu Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	268
(2) Die Verhältnismäßigkeitsprüfung auf Rechtsfolgenseite	270
4. Das Verhältnis zwischen Ultra-Vires-Akten und identitätsverletzenden Akten	273
a) Eine unionsrechtliche Verhältnisbestimmung.	274
b) Die deutsche Vorbehaltsdogmatik vor dem unionsrechtlichen Hintergrund	275
aa) Die Verknüpfung der Maßstäbe.	275
bb) Identitätsschutz über Art. 23 Abs. 1 S. 1 GG oder Art. 23 Abs. 1 S. 3 GG?	276
IV. Zusammenfassung	279
<i>3. Kapitel: Die Achtungspflicht im Rahmen der Grundfreiheiten</i>	<i>280</i>
I. Die dogmatische Einordnung in die vertragliche Systematik der Grundfreiheiten	281
1. Die Anwendung des Achtungsgebots durch den EuGH und die Generalanwälte.	281
a) Erste Fallgruppe: Negatives Tatbestandsmerkmal	281
b) Zweite Fallgruppe: Konkretisierung der öffentlichen Ordnung	282
c) Dritte Fallgruppe: Der Schutz und die Förderung der Amtssprache als Allgemeinwohlbelang	284

aa)	Ein Rechtfertigungsgrund „Kultur“ als Bereich mitgliedstaatlicher Zuständigkeit?	284
bb)	Erste Ansätze einer Begründung als Allgemeinwohlbelang	285
cc)	Ein Anknüpfungspunkt für das legitime Interesse.	287
d)	Zusammenfassung	289
2.	Der tatbestandsausschließende Charakter des Achtungsgebots	289
3.	Kritik und verbundbezogener Lösungsansatz	291
a)	Identitätsschutz im Spannungsverhältnis zwischen der Legislativ- und der Kontrollkompetenz der Union	291
b)	Ein eigenständig normierter Rechtfertigungsgrund	295
aa)	Das Verhältnis zum Rechtfertigungsgrund der öffentlichen Ordnung	295
bb)	Die Problematik der Identitätsgehalte als ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	297
c)	Zusammenfassung	299
II.	Die Ausgestaltung der Verhältnismäßigkeitsprüfung	299
1.	Darstellung und identitätsgehaltsbezogene Bewertung der Rechtsprechung	300
a)	Das Adelsaufhebungsgesetz als Identitätsgehalt	301
b)	Der Schutz der Amtssprache als Identitätsgehalt.	303
aa)	Die Rechtssache Runevič-Vardyn und Wardyn	303
bb)	Die Rechtssachen Las und New Valmar	304
2.	Zusammenfassende Bewertung mit Blick auf den Verbund	306
<i>4. Kapitel: Die Achtungspflicht in Bezug auf die innerstaatliche Kompetenzverteilung als Identitätsgehalt</i>		<i>310</i>
I.	Zur dogmatischen Einordnung und den notwendigen Differenzierungen.	311
II.	Die Umsetzung oder Durchführung von Sekundärrechtsakten durch unterstaatliche Gebietskörperschaften	314
III.	Maßnahmen unterstaatlicher Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des Beihilfenrechts	317
1.	Die dogmatische Einordnung der Aussagen	317
a)	Der regionale Bezugsrahmen	318
b)	Die drei Voraussetzungen einer Autonomie.	320
2.	Die Verallgemeinerungsfähigkeit und die Reichweite des gewährten Schutzes	324
IV.	Maßnahmen unterstaatlicher Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des Vergaberechts	328

1. Die Ausschreibungsfreiheit der Eigenerledigung in der Rechtsprechung	329
2. Die unterschiedlichen Ansätze des EuGH und des Generalanwalts.	330
3. Die Voraussetzungen einer Kompetenzübertragung zwischen öffentlichen Stellen unter Art. 4 Abs. 2 S. 2 EUV respektive Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	333
V. Maßnahmen unterstaatlicher Gebietskörperschaften mit Grundfreiheiten-Bezug	336
1. Der grenzüberschreitende Sachverhalt als Anknüpfungspunkt	336
a) Der wirtschaftliche Auslegungsansatz des EuGH und seine Auswirkungen	336
b) Ein erster Schritt zu einer Achtung der innerstaatlichen Kompetenzverteilung	339
c) Ergänzende Überlegungen.	340
2. Die Geeignetheit in der Verhältnismäßigkeitsprüfung als Anknüpfungspunkt.	341
VI. Zusammenfassung	342
<i>5. Kapitel: Fazit</i>	343
 4. Teil: Der Identitätsschutz im Dialog der Gerichte als Verbundentscheidung.	345
 <i>1. Kapitel: Grundlegende Überlegungen zur prozessualen Verbundentscheidung</i>	345
I. Einleitung: Der Gegenstand des justiziellen Dialogs	345
II. Die gemeinsame Entscheidung im Rahmen des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	349
1. Von „Institutional Choice“ zu „Institutional Involvement and Communication“.	350
2. Weiterentwicklung vor dem Hintergrund des Verbundes.	352
 <i>2. Kapitel: Die Ausgestaltung der prozessualen Verbundentscheidung bei der Anwendung des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV.</i>	355
I. Die Beteiligung durch Verfahren: Die verfahrensrechtlichen Rahmenbedingungen	355

1. Die Notwendigkeit eines Identitätskomitees oder Identitätsgerichts?	356
2. Die Bedeutung der innerstaatlichen Verteilung der Konkretisierungshoheit aus unionsrechtlicher Perspektive	358
3. Die verbundbezogene Ausgestaltung des mitgliedstaatlichen Identitätskontrollverfahrens: Überlegungen zur deutschen Verfassungsidentitätskontrolle	362
a) Das rechtsordnungsübergreifende Verhältnis zwischen BVerfG und EuGH	363
aa) Die grundsätzliche Vorlagepflicht und der Gegenstand der Vorlage	364
bb) Die Grenzen der Vorlagepflicht	366
b) Die Auswirkungen des rechtsordnungsinternen Verhältnisses auf die Anwendung des Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV: Zum Entscheidungsmonopol des BVerfG	368
II. Die Beteiligung im Verfahren: Die Kommunikationsformen	371
1. Der Anspruch an Gerichtsentscheidungen im Verbund	371
a) Überlegungen zum Anspruch an EuGH-Entscheidungen . .	372
b) Überlegungen zum Anspruch an Entscheidungen nationaler (Verfassungs-)Gerichte	374
c) Ein verbundbezogener Anspruch	376
2. Die Kommunikationspflichten	377
a) Die Darlegungslasten des Mitgliedstaates	377
b) Die Begründungspflichten des EuGH	379
c) Die Einhaltung der jeweiligen Pflichten	383
3. Die gegenseitige Anerkennung von Einschätzungsspielräumen	385
a) Die eingeschränkte Kontrollbefugnis des EuGH	387
aa) Das Fehlen eines nachvollziehbaren Ansatzes zu Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	387
bb) Die bisherige Rechtsprechung des EuGH im Rahmen der Grundfreiheiten und des Sekundärrechts	389
cc) Die Entwicklung eines Grundrasters für Art. 4 Abs. 2 S. 1 Var. 2 EUV	392
(1) Die Kontrollbefugnis in Bezug auf den Schutzgehalt	393
(2) Die Kontrollbefugnis in Bezug auf die Verhältnismäßigkeitsprüfung	395
(3) Die eingeschränkte Kontrollbefugnis der Mitgliedstaaten: Überlegungen zur deutschen Verfassungsidentitätskontrolle	397

aa) Die Anerkennung der Auslegungsbefugnis des EuGH. . .	398
bb) Die Voraussetzungen einer Unanwendbarkeitserklärung . .	399
III. Fazit	400
 Schlussbetrachtung und Ausblick.	 405
 Zusammenfassung in Thesen.	 411
 Literaturverzeichnis	 431
Sachverzeichnis	449